



BUND für Umwelt-
und Naturschutz Deutschland
LV Schleswig-Holstein e. V.

Lerchenstraße 22, 24103 Kiel
Landesgeschäftsstelle

Fon 0431-66060-0
Fax 0431-66060-33

bund-sh@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Amt Dänischenhagen
Der Amtsvorsteher
Sturenhagener Weg 14
24229 Dänischenhagen

Dr. Ina Walenda
Landesgeschäftsführerin
Fon 0431-66060-50
Fax 0431-66060-33
ina.walenda@bund-sh.de

Kiel, den 25. April 2012

Stellungnahme Gemeinde Noer

zur

- 1. Teilfortschreibung des Landschaftsplanes im Zusammenhang mit der**
- 2. Änderung des Flächennutzungsplanes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BUND-Landesverband appelliert an das Amt Dänischenhagen, der von der Gemeinde Noer beabsichtigten Herausnahme der Fläche nördlich der Straße „Seeblick“ aus dem Landschaftsschutzgebiet keinesfalls zuzustimmen. Der von der Gemeindevertretung favorisierte Bereich in unmittelbarer Nähe hinter der Küstenlinie ist ein empfindliches Ökosystem - auch mit Bedeutung für den Biotopverbund. Aus diesem Grund hatten Landschaftsplaner diesen Bereich im gültigen Landschaftsplan völlig korrekt als eine weiter ökologisch aufzuwertende Fläche eingestuft (z. B. für Bewaldung). Eine solche Fläche nahe der Küstenlinie sollte keinesfalls aus dem Landschaftsschutzgebiet entlassen werden.

Die Ergebnisse des Noerer Landschaftsplans und seine Umsetzung wurden von der Gemeinde stets ignoriert (z. B. Etablierung eines Knicks zwischen Wohnbebauung und Landwirtschaftsfläche). Eine Umsetzung ist nie erfolgt und war offensichtlich nie beabsichtigt. Umso schlimmer wiegt, daß man nun sogar das Gegenteil plant und diese naturschutzfachlich bedeutsame Fläche bebauen will. Bevor – wie geplant - eine derart dichte Bebauung nahe der Küstenlinie erfolgt, sollten nochmals Alternativen in Betracht gezogen werden. Entsprechende Alternativen für Neubauten sind durchaus vorhanden, ggf. in größerem Umfang sogar landeinwärts der Bäderstraße.

Grundsätzlich ist die angebliche „Notwendigkeit“ eines größeren Bebauungsgebietes in Noer äußerst fraglich. Bereits jetzt stehen Häuser lange Zeit leer, lassen sich nur

schwer verkaufen. Die Nachfrage nach Grundstücken ist gering. Steigende Energiepreise schrecken ohnehin mehr und mehr Familien ab, weite Wege zum Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen. Dieser Trend wird sich bei weiter steigenden Ölpreisen und rückläufiger Bevölkerung in Zukunft noch weitaus deutlicher fortsetzen. Städte wie Kiel oder Eckernförde werden zunehmend attraktiver, gerade für junge Menschen und Familien. Das ist sicherlich auch der Gemeinde Noer bekannt. Möglicherweise gerade deshalb soll offensichtlich die Nachfrage durch eine besondere Attraktivität der Grundstücke generiert werden, indem Grundstücke mit unverbaubarem „Meeresblick“ angeboten werden.

Entsprechend attraktive Areale sind kaum noch auf dem schleswig-holsteinischen Markt zu erschwinglichen Preisen erhältlich. So schafft man Nachfrage in einem „Schlafdorf“ wie Noer und trägt damit zum unnötigen Flächenverbrauch und zur fortgesetzten Landschaftszersiedelung bei. Naturschutzpolitisch wird – quer durch alle Parteien – stets das Gegenteil verkündet. Bedauerlicherweise verscherbelt Noer dabei sein wertvollstes Kapital. Durch Heranrücken der Bebauung in Richtung Küstenlinie droht die Natur weiter unter Druck zu geraten. Touristen halten sich hier nur begrenzt – bevorzugt in den Sommermonaten - in Küstennähe auf. Sie stellen in der Regel kein größeres Problem für die Küstenlinie und deren Schutz dar – ganz im Gegensatz jedoch zu einer potentiellen Wohnbebauung. Vor einen solchen gehen zusätzliche, dauerhafte Belastungen durch Lärm, Verkehr u. a. permanent aus.

Eine Bebauung westlich der Straße „Haffkamp“ (angeschlossen an das bereits bestehende Neubaugebiet) reduzierte die gesamte Problematik entschieden. Sollte schließlich in späten Jahren eine weitere Bebauung vorzunehmen sein, wären bei dieser möglichen Fläche zudem bereits die Anschluß-Areale gegeben. Auch bestünde die Möglichkeit zum Bau einer eigenen Stichstraße, was erheblich zur Verkehrsentslastung dieses engen Straßensystems beitragen würde. Wir appellieren ausdrücklich an allen Verantwortlichen, über diese Alternative nochmals intensiv zu diskutieren.

Für unsere weitere Argumentation gegen die geplante Bebauung, insbesondere auch die Problematik der für weitere Verkehrsströme viel zu engen Straßen - verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 29. September 2010 (siehe Anlage).

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ina Walenda
Landesgeschäftsführerin